

Sozialdemokratie und Erziehung

Autor(en): **Killer, Karl**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **2 (1922-1923)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-328412>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Diese Worte aus dem „politischen Testament“ von Engels können gleichsam als Motto der Schrift Rautskys vorangestellt werden. Denn ihr Ziel ist es, die Selbsterkenntnis und das Orientierungsvermögen des Proletariats so weit zu fördern, daß es frei von schädlichen Illusionen und Utopien, aber nicht minder frei von Kleinmut und Engherzigkeit im Bewußtsein seiner großen historischen Mission kraftvoll eingreift in den Gang der sozialen Revolution.

Sozialdemokratie und Erziehung.

Von Karl K i l l e r, Baden.

Gelänge auch die wirtschaftliche Umwälzung, die völlige Verwirklichung unseres sozialistischen Zieles von heute auf morgen, so bedürfte es zur Sicherung und weitem gesunden Entwicklung der neuen Gesellschaftsordnung tüchtig gebildeter, einsichtiger und charaktervoller Männer und Frauen. Genossen und Genossinnen, die durch eine lebensvolle Erziehung alle jene hohen Eigenschaften, die die Persönlichkeit stützen, zu erwerben in der Lage waren. Grundlage für die Bildung möglichst vieler solcher Persönlichkeiten wird stets die wirtschaftliche Umbildung im Sinne der Bergesellschaftung der Produktionsmittel sein. Mit ihr verbunden muß aber gleichzeitig eine tiefere Erziehung der Menschheit werden, eine Erziehung, die alle Faktoren benützt, die zum Kulturaufstieg nötig sind, die keine Geringschätzung des einen noch eine Ueberschätzung des andern kennt, die beide in ihrer vollen Tiefe erfasst: körperliche und geistige Arbeit.

Die sozialdemokratische Partei hat von ihren Anfängen an die hohe Bedeutung der körperlichen Arbeit für die Entwicklung der menschlichen Kultur betont, ohne dabei die Verdienste der reingeistigen Tätigkeit zu schmälern. Sie will die Arbeit der Hand aus der Sklaverei der Ausbeutung befreien und ihr wirtschaftlich jene Stellung sichern, die ihr von Rechts wegen zukommt. Aus diesem Bestreben ergibt sich naturgemäß, daß die Sozialdemokratie aus ihrem inneren Wesen heraus zum Träger einer neuen Schule wird. Es gehört zu ihrem Leben, die Erziehung der Jugend in der Weise zu gestalten, daß schon der werdende Mensch mit beiden Grundlagen der Kultur, der körperlichen und geistigen Arbeit, durch die eigene Tätigkeit bekannt wird und an beiden zum vollwertigen Menschen ausreift. Jedes Glied der Gesellschaft zu einem solchen zu bilden, ist das Ziel der sozialistischen Wirtschaftsordnung; einer Ordnung, die keine bevorzugten und keine unterdrückten Klassen kennt und die deshalb auch keine Schulen hat, in der die Klassenunterschiede hoch gehalten werden. Die sozialdemokratische Partei ist die einzige, die aus innerem Drang zur Partei einer gründlichen Schulreform wird. Sie kann sie aber erst sein, wenn sie die wirtschaftliche Macht in den Händen hat. Nichtsdestoweniger ist sie auch innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft die stärkste treibende Kraft

für eine Reform der Erziehung, und insbesondere eine naturgemäßere Erziehung der Kinder der arbeitenden Volksschichten.

Der kapitalistische Staat sorgt in erster Linie für seine Leute und gewährt den breiten Massen nur soweit die Mittel zur Bildung, daß ihre spätere Arbeit für das Kapital nutzbringender wird. Es ist das Zeichen aller Reaktionäre von ehemals und von heute, daß sie gegen das „kostspielige“ Schulwesen aufzutreten, das nicht jene Früchte bringe, die man von ihm erwartet habe. In diesen Reihen finden wir neben dem Kapitalisten den Agrarier, der keinen aufgeklärten Arbeiter will, den Mann der Kirche, der ein getreues Schäflein lieber sieht als eine mit Zweifeln erfüllte Seele, die ohne kirchliche Bevormundung das Höchste sucht.

Mit andern Worten: der kapitalistische Staat hat auch eine kapitalistische Schule. Er kann so wenig aus seiner Haut heraus wie ein Bär aus seinem Fell. Mag das Schulwesen in den 25 Staaten der Schweiz noch so verschieden sein in seiner äußern Organisation, in seinem innern Wesen ist es überall gleich. Unten, wo es sich um die Erziehung der Kinder der breiten Massen handelt: große Schülerzahl für einen Lehrer, 40 bis 80 Kinder; Lehrer, denen ein höheres Studium verschlossen blieb, um sie bei bescheidener Löhnung halten und vor allzu hohem geistigen Flug behüten zu können; alte Unterrichtsmethoden infolge zu starker Schülerzahl. Oben, wo die Elite des „bessern Volkes“ geschult wird: kleine Klassen, höchstens 20 bis 30; akademisch gebildete Professoren; Veranschaulichungsmaterial und Studienreisen, um die geistige Ueberlegenheit zu sichern.

Das zeigt sich am deutlichsten in den Aufwendungen, die ein Staat für seine Schulen macht. Für den Kanton Aargau ergibt sich folgendes Bild:

	Schülerzahl	Direkte Ausgaben	Pro Schüler
Primarschule	39,000	4,500,000 Fr.	115,5 Fr.
Bezirksschule	4,000	1,060,000 „	265 „
Kantonschule	240	245,000 „	1020 „

In andern Kantonen werden sich ähnliche Zahlen errechnen lassen. Der Staat gibt mehr als doppelt soviel aus für die Ausbildung eines Bezirksschülers als für einen Primarschüler. Diese Schulanstalten sind schon ihrer Entfernung wegen nicht allen zugänglich, abgesehen davon, daß die wirtschaftliche Not manchen Vater zwingt, sein Kind dieser erweiterten Volksschulbildung fern zu halten. Für einen Kantonschüler wird das Neunfache ausgeworfen. Und alle Welt findet das selbstverständlich, denn eine tüchtige Bildung erfordert diese Opfer. Sobald aber die Not der Volksschule behoben werden soll und sie ihre Ansprüche geltend macht, so findet auch die nötigste Reform wohl gute Worte da und dort, aber daneben ein entschiedenes: „Es geht nicht — weil die Finanzen fehlen“. Für die militärische Ausbildung wirft der kapitalistische Staat Millionen um Millionen aus, für die Menschheitsbildung mangelt ihm dagegen die Mittel. Die Sozialdemokratie hat immer und immer die unproduktiven Militärausgaben bekämpft

und diese Gelder für produktive Zwecke verlangt ; sie ist dafür, daß der Mensch nicht zum Zerstören, zum Morden erzogen werde, sondern zum Aufbauen, zum Leben.

Für die neue Schule wären beim bürgerlichen Staat und den bürgerlichen Parteien wichtige äußere Vorbedingungen vorhanden. Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß alle für eine sogenannte bessere Volksschulung mit den Worten eintreten. Die freisinnige Partei ist ihrer Tradition gemäß für die allgemeine Volksschule. Da sie jedoch die wirtschaftlichen Grundlagen des heutigen Staates als richtig betrachtet, kann sie in ihrem Kern keine völlige geistige Befreiung des arbeitenden Volkes wollen, sondern begnügt sich mit einer ausgiebiger gebildeten Oberschicht. Die katholisch-konservative Partei und evangelische Volkspartei rufen mit allen Kräften nach der Bekenntnisschule, wo nur Kinder derselben Konfession miteinander erzogen werden. Sie erblicken in der gleichen religiösen Anschauung das Heil der Menschheit, wollen die Schule den kirchlichen Obern unterstellt wissen. Daß der Sozialdemokrat von dieser Schulreform nicht viel erwarten kann, liegt auf der Hand ; denn die Menschheit scheidet sich in Tat und Wahrheit nicht nach religiösen Gesichtspunkten, sondern wirtschaftlichen. Die junge Bauern- und Bürgerpartei tritt jetzt für eine tüchtige Schulung ihres Nachwuchses in Fachschulen ein, während der behäbige Bauer früher nicht sehr viel auf Schulbildung hielt, weil sie ihn ein paar Steuerbäsen mehr kostete. Für eine ausgedehnte Volksbildung ist die Partei wohl heute noch nicht zu haben, denn sie liegt nicht im Interesse ihrer Führerschicht.

In allen bürgerlichen Parteien sind Idealisten, die einer neuen bessern Schule rufen, weil ihnen die Not der alten ans Herz geht. Aber sie können nicht durchdringen, weil die Widerstände in den eigenen Parteien innerster Natur sind, ja dem Leben der Parteien direkt zuwiderlaufen würden.

Trotzdem treten Reformversuche und Reformvorschlüge aus ihren Reihen an den Tag und die Sozialdemokratie muß zu ihnen Stellung nehmen. Sie müssen darauf geprüft werden, ob sie in der Linie der Entwicklung liegen oder der Reaktion dienen. Zu den ältern Postulaten der freisinnigen Partei gehört die Förderung der staatsbürgerlichen Bildung und Erziehung durch den Bund. Im Jahr 1915 wurde durch Ständerat Wettstein (Zürich) die Anregung eingebracht und dem Bundesrat zur Prüfung überwiesen. Die Angelegenheit ist noch ungelöst. Der Bericht des Bundesrates sieht eine Unterstützung dieser Bestrebungen durch Organisation von Kursen und Ausgabe von entsprechenden Lehrmitteln und Materialsammlungen vor. Die Sozialdemokratie muß nach den Erfahrungen vieler Jahre in diesem staatsbürgerlichen Unterricht in erster Linie eine Abwehrmaßnahme der herrschenden Partei gegen die international orientierte Arbeiterbewegung erblicken. „Vaterländisch und sozial“ war seit alter Zeit nur der, der im Wasser der herrschenden Partei segelte. Sie muß es aber auch verneinen, daß durch einen rein theoretischen

Unterricht soziale Gesinnung gebildet werden könnte, insbesondere durch einen Unterricht, der die soziale Gerechtigkeit ohne Umbildung unserer Wirtschaftsordnung zu erstreben vermeint. Die Gesetzgebung der letzten Monate, die unter dem Deckmantel des Schutzes der Demokratie die Bestrebungen auf Höherbildung der Gesellschafts- und Staatsform unter Umständen mit Freiheitsstrafe bedroht, sticht jedem nicht ganz Blinden den Star, damit er nun weiß, was heute von einer staatsbürgerlichen Erziehung zu erwarten wäre.

Während die katholisch-konservative Partei sich dem „Staatsbürgertum“ in der Wettsteinschen Form gegenüber ablehnend verhält, weil sie darin eine neue Stärkung der freisinnigen Staatsgewalt in der Schule und naturgemäß eine Schwächung der kirchlichen Obrigkeit auf diesem Gebiet erblickt, gehört sie zu den eifrigsten Ruffern nach der Wiedereinführung der Rekrutenprüfung. Ihre Führer vermochten in geschickter Weise dafür fast die ganze Schar kantonaler Erziehungsdirektoren zu gewinnen. Von 25 Leitern des Schulwesens in den Kantonen zeigten sich 20 als Befürworter einer Institution, an der man die Bildung des Volkes messen will. Einige wollen sie nur gelten lassen als Maßstab für die Tauglichkeit zum Militär, die Mehrzahl aber findet in ihr eine eifrige Förderin der Schulbildung. Vom Standpunkte der Sozialdemokratie aus anerkennen wir die Notwendigkeit einer Schulprüfung für die Militärauslese nicht. Sie scheint auch nicht nötig, denn nicht nur das militärische Denken, sondern sogar das politische besorgen General und Obersten für alle Soldaten, ja sogar in einem Geist, der dem republikanischen, den sie zu schützen vorgaben, direkt zuwiderläuft. (Publikationen von General Wille und Oberst Gertsch.) Die Rekrutenprüfung hat unser Schulwesen auch nicht gefördert, sowenig als die schlechten Noten im Dienstbüchlein einen Rekruten gescheiter gemacht hätten. Die Entwicklung unseres Schulwesens erfolgte aus dem Zwang des wirtschaftlichen Aufschwungs und dem Drang des Volkes nach besserer Bildung, da diese für die meisten der einzige Besitz geworden ist.

Das Schulwesen industrieller Kantone trieb über dasjenige stark landwirtschaftlicher hinaus. Die Fortschritte der erstern ließen sich an der Rekrutenprüfung nicht durch Noten ermessen und so blieben verschiedene Kantone mit ihren Ergebnissen in den vordern Reihen, obwohl ihr Schulwesen bei weitem nicht den Ansprüchen genügt, die heute ein Arbeiter für die Erziehung seiner Kinder stellen muß. Und um diesen guten Ruf sich zu erhalten, möchte man die Wiedereinführung der Rekrutenprüfungen. Man könnte mit diesem Mittel gleichzeitig dem Bunde gegenüber und seinen allfälligen Eingriffen in die Schulhoheit der Kantone ein Veto einlegen, zu dessen Abgabe er selber die Instanz geschaffen hat. Für die sozialdemokratische Partei fällt einzig in Betracht, daß durch die Rekrutenprüfungen eine Förderung des Schulwesens nicht zu erwarten ist. Im Gegenteil konstatiert eine große Gegnerschaft, daß die Rekrutenprüfungen die Berufsschulung jahrzehntelang gehindert haben und die Fort-

bildungsschule für die Jünglinge vom 16. bis 19. Altersjahre zu einer öden Repetierschule machten, die jede Lust an der Weiterbildung bei vielen einfach ertötete. Erst nachdem der Krieg sie zu Fall gebracht hatte, wurde der Fortbildungsschulunterricht durchwegs wieder reger und verließ alte tiefkarrige Geleise. Während die meisten Befürworter eine Aenderung der Prüfungsart wünschten, um die Gegner zu versöhnen, sprach sich Ständerat Wirz unzweideutig dahin aus, daß höchstens „unwesentliche Aenderungen angezeigt sein mögen“. Damit ist auch angedeutet, was von einer Reform zu halten ist.

Die sozialdemokratische Partei hat auch mit scharfem Auge die Bestrebungen zu verfolgen, die unter dem Schlagwort „Gymnasia l r e f o r m“ seit Jahren auf eine Aenderung des Mittelschulwesens hinzielen. Damit ja kein Ungesalbter in die heiligen Hallen der hohen Wissenschaft einbreche, wurden hohe Mauern in Form starrer Prüfungen und Vorschriften davor errichtet. Und es ist insbesondere die Medizinkunst, die als unvermeidlich die Kenntnis der alten Sprachen, Griechisch und Latein, bezeichnete, um ein zünftiger Jünger Aesculaps werden zu können. Darob kam die Bildung so heraus, daß gar mancher ein sehr gelehrtes Haus wurde, der das Altertum in allen verstaubten Ecken durch und durch kannte, in der eigenen Umwelt aber sich kaum zurecht fand. Der Mittelschüler wurde einseitig belastet und mancher tüchtige Kopf durch die engen Vorschriften von einer Laufbahn ausgeschieden, in der er der Menschheit hätte nützlich sein können. Die Mittelschulen mußten eine Reform anbahnen, wenn sie nicht mit immer stärkerem Widerstand ihrer Schüler rechnen wollten. Diese Aenderungen müssen im Einverständnis mit den Hochschulen getroffen werden. Letztere zeigten sich geneigt, das Studium nicht von einer einseitig orientierten Vorbildung abhängig zu machen, sondern jede Mittelschulbildung mit oder ohne alte Sprachen als Reifezeugnis für die höhere Ausbildung anzuerkennen. Damit wäre ein alter Zopf beseitigt gewesen. Allein nicht nur der Widerstand aller Klosterschulen erhob sich, auch der schweizerische Ärzteverein stellte durch eine Abstimmung fest, daß die altklassische Bildung für ihn am zweckmäßigsten sei. Warum? Auch im Arzterberuf macht sich die starke Konkurrenz bereits fühlbar. Und die Herren wehren sich gegen eine Verproletarisierung, aber in erster Linie nicht mit den Mitteln, die die Arbeiterschaft anwendet, sondern sie wollen den Staat dazu benützen. Durch rigorose Bestimmungen über die Erreichung der Medizinmatur können sie den Zufluß in ihre Reihen abhalten. Wer nicht mindestens sechs Jahre an einem altklassischen Gymnasium seine Bildung geholt, sollte nach ihrer Ansicht nicht Arzt studieren dürfen. Damit ist für alle Kinder aus dem Arbeiterstand, auch wenn sie noch so begabt wären, der Zutritt zu diesem Beruf aus finanziellen Gründen verriegelt. Der Prolet darf seinen kranken Körper nur einem anvertrauen, der die nötigen Moneten besaß, um Griechisch und Latein lernen zu können! Aber nicht nur das! Durch das Hochhalten dieser Schranken wird das gesamte Schulwesen in einem reaktionären Sinne beeinflusst und der Entwicklung des Volks-

schulwesens Fesseln angelegt, gegen die sich alle nicht durch Sonderinteressen beeinflusste Kräfte wenden müssen.

Die Art und Weise, wie die Gymnasialreform von einzelnen zünftigen Kreisen durchgeführt werden will, beweist aufs neue, daß ihre Parteien keine Reform aus innerem Drang durchführen wollen noch können. Es handelt sich höchstens um einige Zugeständnisse an moderne Forderungen, die man nicht zu ignorieren wagt.

Diesen Reformversuchen der bürgerlichen Parteien auf dem Gebiet der Erziehung stellen wir das sozialdemokratische Parteiprogramm entgegen. Es sucht durch Beseitigung der Ausbeutung die Jugend vor körperlicher Not zu bewahren und ihr so den gesunden Leib zu sichern, darin die gesunde Seele wohnen kann. Solange die wirtschaftlichen Verhältnisse kapitalistische sind, wird durch unentgeltliche Schulspeisung und Kleidung Ersatz gefordert. Aller Unterricht bis zur Hochschule soll nicht nur unentgeltlich sein, sondern durch ausreichende Stipendien dem Bedürftigen ermöglicht werden. Die Beträge, die heute ausgeworfen werden, sind dazu viel zu klein. Der Abschluß des Schulunterrichtes hat nach unsern Forderungen in direkter Beziehung mit der Berufslehre zu erfolgen. Lehrwerkstätten sollen die Ausbeutung des Lehrlings unmöglich machen.

So tritt die gesamte Erziehung von unten auf in Beziehung mit der Arbeit des Volkes. Sie prägt es dem Kinde ein, daß nur auf der Arbeit die menschliche Kultur beruht. Sie fördert in dem Kinde das Lustgefühl über eine getane Arbeit und weckt den Abscheu vor dem Schmarozertum, das sich von der Arbeit anderer nährt. Der Geist der Solidarität wird nicht nur gepredigt, sondern kommt tagtäglich zum Erleben. So bildet sich in der Jugend schon jenes Gemeinschaftsgefühl aller Arbeitenden, das die ganze Gesellschaft einst umschlingt, wenn sie das Joch des Kapitalismus endgültig abgeworfen hat.

Das sozialistische Ideal erst verwirklicht die neue Schule, die heute unter dem Namen *Arbeitschule* propagiert wird. Wie schon ihr Name deutet, kann sie erst dann ihren Segen zeigen, wenn die Arbeit des Volkes zu ihrem Recht gekommen ist.

Von unserer Kommunalpolitik.

Von Jakob Grau.

Unsere lokalen Parteivereine sind bekanntlich nicht nur als Bestandteile der sozialdemokratischen Gesamtorganisation gedacht, dazu bestimmt, Maßnahmen und Aktionen, die von den Zentralleitungen beschlossen werden, durchzuführen. Sie sind vielmehr in weitgehendem Maße berufen, völlig selbständig innerhalb dem Rahmen des Parteiprogramms soziale Aufgaben zu lösen, soweit solche auf Gemeindegebiet durchführbar sind. Dieses Gebiet ihrer Tätigkeit bezeichnen wir mit sozialdemokratischer Gemeinde- oder Kommunalpolitik.

Da die Gemeinden ihrerseits eine weitgehende Autonomie besitzen und daher berechtigt sind, freiwillige, selbstgewählte Aufgaben aller